

bestrebungen in wüßtester Form die Tiefen des Acherons auf-
gepeitscht, während ihre Drahtzieher in den Couloirs
der französischen Rüstungspolitik ihre Geschäfte trieben.
Wahrhaftig, das ist der Gipfelpunkt politischer Verlogen-
heit. Man ist bereit, sich mit dem „Erbfeind“ zu verbünden,
wenn er das Zugeständnis von 200 000 neuen Reichswehr-
leuten macht. Und wenn es um die herrlichsten Dinge der
Patrioten geht, da sollten die Hintermänner Hugenbergs bei-
seite stehen? Sie sollten abseits bleiben, wenn Dr. Reichberg,
der im Geruch demokratischer Gesinnung steht, über neue Auf-
rüstungspläne mit den Foch und Poincaré-la-guerre in Ver-
bindung stand? Nein, das ist von den Landesverrätern nicht
zu erwarten. Sie haben vorzüglich und bewußt eine Politik
betrieben, die die Pläne der Reichsregierung, an der sie selbst
beteiligt gewesen sind, offen hintertrieb.
Man erinnere sich des verlogenen Geschreis über den
Locarnopakt, der, möge man über den Vertrag selbst
denken wie man will, zum obersten Grundsatz hatte, die
Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich feierlich vor
aller Welt als unabänderlich zu bezeichnen. Gerade gegen
diesen Gedanken hegte die nationalisierende Presse der Hugen-
berge monatelang. Währendes verhandelten ihre Hinter-
männer über ein Bündnis mit Poincaré. Hat etwa Herr
Dr. Kühne geglaubt, sich mit Poincaré zu verbünden, um
dafür einige hunderttausend Mann neuer Soldaten aus-
zutauschen, mit denen dann die in Locarno feierlich aner-
kannten Grenzen umgestoßen werden sollten?
Wahrhaftig, die Politik ist ein nicht immer sauberes Ge-
schäft. Aber die Methoden der Deutschnationalen, die vor-
geben, die politische Atmosphäre reinigen zu wollen, stellen
selbst das niedrigste Schiebertum, das bereinst so reiche Blüte

trieb, weit in den Schatten. Das ist politische Preskerei im
höchsten Sinne des Wortes. Aber man würde dagegen
schließlich nichts sagen können, wenn die Hugenberg-Landes-
verräter ihre Pläne offen auf dem Markte der Politik ver-
treten hätten. In Wirklichkeit aber verfolgten sie in heuch-
lerischer Maske das Gegenteil. Damit sind die Hugenberge
in der gesamten politischen Weltöffentlichkeit gerichtet für
immerdar, und man könnte tatsächlich wünschen, daß der
§ 4 des Volksbegehrens Gesetz werden möchte, damit Hand-
haben geschaffen werden, diese Landesverräter in Großformat
für dauernd hinter Zuchthausmauern zu bringen.
Nun erst wird freilich auch offenbart, warum sich das
Leipziger Hugenbergsorgan, warum sich die Leipziger Neuesten
Nachrichten mit so großer geschwehelter stillischer Entzückung
gegen die Enthüllungen der Nationalliberalen Korrespondenz
gemeldet haben. Auch sie haben naturgemäß von den militär-
politischen Zielen der Landesverräter gewußt. Darum die
bitteren Tränen, weil ausgesprochen die Deutsche Volkspartei,
die wahrhaftig nicht pazifistisch ist, diese geheimnisvollen
Treibereien aufzudecken geholfen hat.
Mit diesen Enthüllungen ist die Deutschnationale Volks-
partei vor aller Welt entlarvt. Wenn immer ein deutscher
Bürger irgendein Heißblatt Hugenbergscher Herkunft in die
Hände nimmt, dann muß er sich im klaren sein, daß dessen
Hintermänner das Gegenteil von dem treiben, was in der
Presse vertreten wird. Das aber ist der Gipfelpunkt aller
Verlogenheit, und die verlogene Gruppe der deutschen Volk-
stikanten hat noch den Mut, die breiten Massen der Wähler zu
einem Volksbegehren aufzurufen, das bestenfalls dazu dienen
könnte, die Hugenberg, die Kühne und Kompanie für dauernd
unschädlich zu machen.



Vanit in Wien

Folgen der Bürgerkriegshehe Sturm auf Banken und Sparkassen

SPD Wien, 24. September.
In ihrer Mittwochsausgabe stellt die „Arbeiterzeitung“
gegenüber den offiziellen Abkühlungen, daß sich die Beunruhig-
ung der Bevölkerung infolge der Bürgerkriegs-
hehe der Heimwehr vor allem durch die Abhebung von
Sparanlagen bei den Banken und Sparkassen auswirkt,
folgendes fest:
„Der schlechteste Tag war in dieser Beziehung der Freitag der
vergangenen Woche. Am Sonnabend und Montag haben die Ab-
hebungen zwar angehalten, waren aber schwächer. Auch am Dienst-
tag war diese Bewegung wieder sehr stark. Es war in den Geld-
instituten immer das gleiche Bild zu sehen, eine lange Reihe
von Leuten, die vor dem Abhebungskassett ihre Gelder
händigten oder abhoben, während der Einlage-
Scheiter leer war. Vor einigen Minuten standen die Leute
sogar auf der Straße an. Dies macht sich bei allen Instituten, auch
bei solchen, die sich des größten Vertrauens des Publikums er-
freuen, bemerkbar. Die allgemeine Anspannung, die sich über den
ganzen Geldmarkt verbreitet, zeigt sich auch bereits daran, daß
man sich gegen neue Kreditgewährung ängstlich
verhält. Während auf der einen Seite viel Geld abgehoben
wird, werden dafür ausländische Wärfen gekauft, vor
allem Schweizer Franken. Es werden auch sehr viele österreichische
Ersparnisse, die bei den Banken abgehoben wurden, in Schweizer
Bankhäusern wieder eingezahlt.“
Die „Arbeiterzeitung“ erklärt schließlich, daß, wenn diese Be-
wegung andauern sollte, der österreichischen Wirtschaft
schon für die nächsten Wochen schwere Gefahren drohen.

Geheimnisvoller Funkalarm

Wien, 24. September.
In den letzten Tagen werden die Wiener amtlichen Stellen
und auch Zeitungsredaktionen mit Anfragen bestürmt, die von
Rundfunkhörern gestellt werden. Die Anfragen haben Mit-
teilungen des Rundfunks zum Gegenstand, von denen
die Fragesteller behaupten, daß sie diese im österreichischen Rund-
funk gehört hätten. So wurde, wie sie berichten, Montagabend
durch einen unbefugten Sender eine Mitteilung verbreitet, daß
der Student Hasemann freigelassen und der angebliche Mörder
verhaftet worden sei.

Die „Wiener Mittagszeitung“ bringt heute die Meldung, daß
in einem Häuserblock des achten Wiener Gemeindebezirks während
der Nachrichtenendung des österreichischen Rundfunks folgende
Mitteilung gehört wurde: „Hallo, Hallo! Hier Radio Wien. Mit
Rücksicht auf die bevorstehenden Aufmärsche am 29. Sep-
tember wird der Bevölkerung geraten, sich reichlich mit Lebens-
mitteln zu versehen, da die Möglichkeit besteht, daß die Lebens-
mittelversorgung für einige Zeit unterbrochen wird.“

Der österreichische Rundfunk (Rawag), von dem die beiden
genannten Meldungen natürlich nicht stammen, hat wegen dieser
Meldungen, welche bei der Wiener Polizei und bei
ihm vorgelegten Behörde des Rundfunkverkehrs-Bezirkes
nun nach dem unbekanntem Sender, der unbefugte Alarmgerüchte
verbreitet.

Provokation des Tiroler Landes- hauptmanns

Innsbruck, 25. September.
In Verantwortung einer sozialistischen Anfrage im Tiroler
Landtag wegen der Waffenbestände bei der Landesregierung, stellte
der Landeshauptmann fest, daß aus den beschlagnahmten
Waffen tatsächlich Waffenlager gebildet worden seien. Da
aber die Heimwehren eine gesetzliche Organisation
seien, und sich der Landesregierung als Nationalpolizei zur Ver-
fügung gestellt hätten, würde die Landesregierung nicht zögern, im
Bedarfsfalle diese Waffenbestände zur Ausrüstung der
Heimwehren zur Verfügung zu stellen.

Vor einem Staatsstreich in Oesterreich?

Von Dr. Julius Deutsch, Wien.
Die „Heimatschutz-Zeitung“, ein Organ der österreichischen
Heimwehrblinde, brachte dieser Tage einen alarmierenden
Artikel „Die letzte Warnung“. In diesem Artikel wurde die
Regierung aufgefordert zurückzutreten, um „einer starken
Regierung Platz zu machen“, in der auch die Heimatwehr, die
derzeit stärkste Machtgruppe im politischen Kräftefeld, den ihr
gebührenden Einfluß besitzt. Den bürgerlichen Parteien
wurde gedroht, daß sie von einer „Volksbewegung vollends
verschlungen würden, wenn sie nicht den Entschluß fassen, das
Staatsruder in die Hände neuer Männer zu legen, welche die
Fähigkeit und die Macht haben, eine Gesundung unserer poli-
tischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen.“ Der
Zeiger geht auf 12. Die Parteien sind gewarnt, zum letzten-
mal!
Man könnte diese Drohungen der Heimwehr zu den übrigen
legen; denn an dieser Drohungen hat es wahrlich in den letzten
Monaten nicht gefehlt. Die Heimwehrführer haben keinen
Aufmarsch vorübergehen lassen, ohne sich nicht in wilden und
wüsten Drohreden zu ergehen. Es ist indes fraglich, ob die
zahlenmäßige Macht der Heimwehren in den letzten Wochen
wirklich erheblich größer geworden ist. Alles Dramatisieren
der Führer der Heimwehrverbände vermag den nächsten
Beobachter nicht darüber zu täuschen, daß da unter großem
Geschrei sich verhältnismäßig wenig Wille verbirgt. Die
Kesselle der bürgerlichen Zeitungen plustert die Heimwehr zu
einer Volksbewegung auf, die sie in Wirklichkeit in diesem
Maße gar nicht ist.
Die Heimwehr ist auch in den letzten Wochen das geblieben,
was sie früher war, nämlich ein Sammelbecken aller möglichen
unzuliebenden, ja deklarierten Elemente, die von putzschifflichen
Offizieren militärisch gedrückt werden. Die großen Massen des
Volkes stehen sowohl in Wien, als auch in den übrigen Bun-
desländern Oesterreichs abseits. Aber wenn auch die Heim-
wehrbewegung an sich keineswegs eine zahlenmäßig über-
wältigende Macht darstellt, wäre es doch falsch zu verkennen,
daß die politische Entwicklung sie nunmehr zu einer Gefahren-
quelle ersten Ranges gemacht hat.
Die Gefahr liegt darin, daß sowohl die Regierung, als auch

die bürgerlichen Parteien es nicht wagen, den Heimwehren
entgegenzutreten. Die Auseinandersetzungen, die vom 17. bis
19. September im österreichischen Nationalrat geführt wurden,
haben darüber eine sehr traurige Klarheit geschaffen; der
christlich-sozialen Bundeskanzler Streinowitz wagte sich gar nicht
selbst ins Parlament, sondern überließ die Vertretung der
Regierung seinem landbildnerischen Stellvertreter, dem Bi-
zanzler Schumy. Dieser erklärte am ersten Tage der Ausein-
andersetzung, daß die Regierung entschlossen sei, allen Putzschiff-
absichten mit den staatlichen Machtmitteln entgegenzutreten.
Zwei Tage später aber war er bereits viel zurückhaltender
geworden und deutete an, daß er persönlich keinen Putzschiff
mitmachen, sondern eher zurücktreten werde.
War schon die Haltung des Regierungsvvertreters mehr als
zaghast, so ließen die Redner der bürgerlichen Parteien er-
kennen, daß sie vollends vor den Heimwehren die Segel er-
strecken haben. Aus dem bürgerlichen Lager wird, das hat
diese Parlamentsdebatte gelehrt, der Widerstand gegen einen
gewalttätigen Vorstoß der Heimwehr nur sehr schwach sein!
Wohl gibt es eine Anzahl bürgerlicher Politiker, die sich
mannhaft zur Demokratie bekennen. Insbesondere die Führer
der christlichen Gewerkschaften, die durch die Heimwehrgewer-
schaften an unmittelbaren bedroht sind, scheuen sich nicht,
sehr starke Worte gegen die Putzschiffen zu gebrauchen. Aber
ob die Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft stark genug
sind, sich im Lager der antimarxistischen Einheitsfront durch-
zusetzen, ist wieder eine Frage, auf die schwer eine Antwort
zu geben ist. Im Lager dieser antimarxistischen Einheitsfront
geht es nämlich drunter und drüber. Den meisten politischen
Führern graut es wohl vor den putzschiffischen Heimwehren,
aber nur wenige haben den Mut, dies zu sagen. So ziehen
die einen hin, die andern her, können sich weder auf positive
Forderungen einigen, noch die negativen Bedrohungen durch
die Heimwehren abwehren und bieten alles in allem ein Bild
der Zerfahrenheit und kläplicher Ratlosigkeit.
Die Verteidigung der Demokratie und der Verfassung ist
zum allergrößten Teil auf das organisierte Proletariat über-
gegangen. Dort herrscht allerdings eine Kampfesentslossen-
heit wie nie zuvor. Eine wirkliche Volksbewegung ist über
Nacht entstanden. Die Hunderttausende in ihrem Bann zog.
Niemand waren die Versammlungen der sozialdemokratischen
Partei stärker besucht als jetzt, niemals war die Stimmung

begeisterter und niemals war der Zustrom zum Republikani-
schen Schutzbund stärker als in den Tagen, in denen die Heim-
wehren ihre Staatsstreichdrohungen in die Welt schleppten.
Karl Seih, der Bürgermeister von Wien, hat dieser Tage in
einer Versammlungsrede dem österreichischen Proletariat aus
dem Herzen gesprochen, als er erklärte, daß sich die öster-
reichische Arbeiterschaft selbst dann klar genug fühle, Ver-
fassung und Demokratie zu schützen, wenn der behördliche Appa-
rat verlagern sollte. „Da gibt es keinen“, so rief er aus, „vom
Jüngling bis zum Aeltesten, der nicht jeden Augenblick bereit
ist, seinen Mann zu stellen und mit seiner ganzen Person ein-
zustehen für die Rechte des Volkes.“

Angehts der Kampfesentslossenheit der Arbeiterklasse
und der guten Disziplin des Republikanischen Schutzbundes
haben die Heimwehrblätter vorerst noch einmal zum Rückzug
geblasen. Sie lassen jetzt verkünden, daß sie keineswegs einen
Putzschiff oder einen Staatsstreich beabsichtigen, sondern nur dar-
auf drängen wollen, daß das Parlament eine ihnen genehme
Verfassungsänderung durchführe. Die akute Krise scheint durch
diesen Rückzug der Heimwehren im Augenblick behoben zu
sein. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß sie morgen
wieder in voller Stärke ausbrechen kann. In der Heimwehr
kreuzen sich so viele einander widersprechende Interessen, In-
trigen und persönliche Ambitionen, daß irgendein Unverant-
wortlicher leicht eine Abteilung mitreißen und zu Putzschiff-
versuchen zu bringen vermag. Was aus solchen Ereignissen ent-
stehen kann, ist nicht vorauszusehen.

Von vielen Seiten wird, der Sonntag des 29. Septembers
als ein „Vortag“ angesehen. In diesem Tage finden nämlich
in der weiteren Umgebung Wiens vier Heimwehraufmärsche
statt. Tags vorher werden in den gleichen Orten die Scharen
des Republikanischen Schutzbundes aufmarschieren. Zur gleichen
Zeit, in der die Heimwehresammlungen stattfinden, werden
die Sozialdemokraten Niederösterreichs in 700 Volksversam-
lungen zu den Massen sprechen. Bei dem Aufgebot solcher
Massen kann es natürlich zu Zwischenfällen kommen, die sich
unter Umständen zu größeren politischen Ereignissen aus-
weiten. Aber es ist immerhin zu hoffen, daß der 29. Septem-
ber zu keiner ersten Gefährdung der öffentlichen Ruhe und
Ordnung in Oesterreich führt; denn angelegte Revolutionen
pflegen nicht einzutreten.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß für die nächste Zu-
kunft keine Gefahren bestehen. Ob ein Putzschiff am
29. September oder an einem anderen Tage gewagt wird, ver-
mag heute niemand vorauszusehen. Aber sicher ist, daß jeder
Putzschiffversuch auf den unbefugten und entschlossenen Wider-
stand der organisierten Arbeiterklasse stoßen wird.

Auch Herr v. d. Lippe gibt zu Die Erklärung eines Zuchthauskandidaten

Berlin, 24. September.
Generalleutnant a. D. von der Lippe teilt folgendes mit:
„Nach Durchsicht der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vom
Dienstag, dem 24. September, in der ich erwähnt werde, bin ich
gezwungen zu betonen: Ich habe vor meiner Abreise nach Paris
im Frühjahr d. J. offizielle Persönlichkeiten und prominente Ab-
geordnete und Wirtschaftsführer sowohl der deutschen Rechten, als
auch der Mittel- und Linksparteien informiert. Das Auswärtige
Amt vorher zu informieren, habe ich aus dem Grunde unter-
lassen, weil ich mit einem etwaigen Mißerfolg meiner
Pariser Unterredungen die offizielle Politik des Auswärtigen
Amtes nicht belasten wollte. Als ich jedoch in Paris ein greif-
barer Erfolg meiner Unterredungen abzuzeichnen begann, habe ich
den deutschen Vorkämpfer, Herrn von Joseph, und nach meiner Rück-
kehr in Berlin den Staatssekretär von Schubert informiert.
Die Unterstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“, ich
hätte mich unvorsichtig von den Franzosen über den militärischen
Wiederaufbau Deutschlands aushorchen lassen, muß ich entschieden
zurückweisen. Es ist außerdem vor französischer Seite nicht der
mindeste derartige Versuch gemacht worden. Die Unterredungen
haben sich, soweit militärische Fragen erörtert worden sind,
ausschließlich auf die Modalitäten einer engen deutsch-fran-
zösischen militärischen Zusammenarbeit beschränkt.“

In Darmstadt, wo die Deutschnationalen am Dienstag ihre
Offensive für das Volksbegehren einleiteten, mußte die Versamm-
lung des Finanzrates Dr. Bang vorzeitig von der Polizei ge-
schlossen werden. Die polizeiliche Maßnahme erfolgte, um eine
Schlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens
zu verhindern.

Ein „Blod der Mitte“

Die Demokratische Partei und das Zentrum haben
für die Provinzial-Landtagswahlen in den Regierungsbezirken
Weisbaden und Frankfurt a. d. Oder ein Wahlbündnis geschlossen
und die Aufstellung gemeinsamer Listen vereinbart.
Die Demokraten haben dem Zentrum ausdrücklich die Wahrung
seines bisherigen Besitzstandes an Mandaten zugesichert. Die ge-
meinsamen Listen beider Parteien werden unter der Flagge „Blod
der Mitte“ geführt.